

Titel: Gebühreneinzug durch die Hansestadt Stralsund
Einreicher: Jens Kühnel, Fraktion AfD

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 01.03.2024
Bearbeiter: Fraktion AfD	

Einreicher:

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	14.03.2024	

Anfrage:

1. Wurde oder ist die Hansestadt Stralsund mit dem Einzug von Rundfunkgebühren beauftragt?
2. Wenn ja, in welcher Höhe wurden Gebühren in den Jahren 2021, 2022 und 2023 eingezogen?
3. Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies?

Begründung:

In einigen Städten der Bundesrepublik (z.B. Hürt) wird/ wurden die Rundfunkgebühren durch die jeweilige Kommune eingezogen, die hier die Funktion eines Inkassounternehmens übernehmen.

Jens Kühnel, Fraktion AfD